

# Die Straßenbauverwaltung arbeitet am Limit

**Verkehr** Landesverkehrsminister Hermann plant eine Prüfung der Prioritäten für die Bundesfernstraßen. *Von Christoph Link*

---

**B**is 2030 kann das Land Baden-Württemberg 140 Projekte bei den Bundesfernstraßen planen, bauen und erneuern. Denn mit dem im vergangenen Jahr vom Bundestag verabschiedeten Bundesverkehrswegeplan sind für Straßenbauprojekte des sogenannten vordringlichen Bedarfs 9,5 Milliarden Euro für den Südwesten vorgesehen: Das sind 13,5 Prozent aller bundesweit ausgeschütteten Mittel – womit das Land relativ „gut bedient“ worden sei, sagen Experten.

Landesverkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) hat am Dienstagabend rund 300 Bürgermeistern, Landräten sowie Mi-

nisterialbeamten bei einer Straßenbaukonferenz im Haus der Wirtschaft auf ein besonderes Problem und seine Lösung hingewiesen: „Wir können nicht 140 Projekte mit der gleichen Kraft gleichzeitig vorantreiben. Wir müssen fragen, womit wir anfangen und in welcher Reihenfolge wir weitermachen wollen.“ Denn immer noch arbeite die Landesstraßenbauverwaltung Bauprojekte des Bedarfsplans von 2004 ab, und auch mit einer verbesserten Personal- und Finanzausstattung könne das neue, „insgesamt sehr hohe Projektvolumen nur sukzessive“ abgearbeitet werden. Hermann sieht deshalb selbst die Wirtschaft

unter Druck: Auch die Bauindustrie und die Ingenieurbüros müssten ihre Kapazitäten anpassen – und zwar nach oben.

Derzeit werde von den Bauverwaltungen 46 Neu- und Ausbaumaßnahmen im Wert von 4,3 Milliarden Euro geplant, sagte Hermann. Damit seien die Kapazitäten der Regierungspräsidien ausgelastet. In einer zweiten Stufe soll in den nächsten Monaten eine „Priorisierung“ im Straßenbau erfolgen und in ein Umsetzungskonzept münden. Im Klartext: Es soll festgelegt werden, wann mit weiteren 67 Projekten mit Kosten von mehr als drei Milliarden Euro „in den nächsten Jahren“ begonnen werden soll. Der Rest der Investitionssumme muss später folgen. Bis zum Herbst soll das Konzept mit der Priorisierung stehen.

Einige Bürgermeister befragten den Minister nach Problemen in ihren Kommu-

nen mit Engpässen oder fehlenden Ortsumfahrungen. Einer sagte, es sei gut, wenn man langfristig Ordnung in das System der Straßenbauplanung bringen wolle, aber Klagen und der Widerstand von Grundstücksbesitzern könne jede Prioritätenliste wieder zunichte machen. Es wäre daher gut, baureife Projekte „in der Schublade“ zu haben. Vertreter von Naturschutzverbänden beklagten Ausbaupläne an der B 10, die den Feinstaub am Neckartor sicher nicht mindern werden, sowie die avisierte Nordostumfahrung Stuttgarts. Hermann erwiderte, den Ausbau der B 10 wolle allein der Bund. Der 40 Kilometer lange mögliche Nordoststring sei im Bundesverkehrswegeplan im Übrigen nicht enthalten, es sei nur der Ausbau der B 29 auf elf Kilometern im „weiteren Bedarf mit Planungsrecht“ – also milderer Dringlichkeit – erwähnt.